

NÜRNBERG & REGION

B

Samstag, 4. März 2023 19

Kritische Senioren

LANDTAG CSU und FW setzen ihr Mitwirkungsgesetz durch.**VON HANS PETER REITZNER**

NÜRNBERG/LANGENZENN - Das umstrittene Seniorenmitwirkungsgesetz hat den Bayerischen Landtag passiert: CSU und Freie Wähler setzten sich gegen die Opposition durch. Allerdings stimmten auch die beiden Freien Gabi Schmidt (Vize-Fraktionsvorsitzende, Neustadt/Aisch-Bad Windsheim) und Johann Häusler (Schwaben) gegen den Entwurf ihrer Regierungskoalition. Häusler meint, jede Gemeinde bereits ab 5000 Einwohnern müsste eine Seniorenvertretung verpflichtend haben, bis 5000 sollte sie dringend empfohlen sein.

Thomas Huber, Sozialpolitiker in der CSU-Fraktion, hatte das nun beschlossene Gesetz, das Seniorinnen und Senioren (wie berichtet) mehr Mitwirkungsrechte verspricht, zuvor verteidigt. Er ging auch auf Kritik ein, die von Seniorenräten geübt worden ist: Nachbesserungen seien möglich; dazu sei eine Zeitspanne von drei Jahren gut geeignet.

Verbesserungsvorschläge und durchaus herbe Vorwürfe waren auch von der landesweiten und der mittelfränkischen Seniorenvertretung sowie von zahlreichen lokalen Beiräten gekommen, fanden aber nach Ansicht der Ehrenamtlichen kaum Widerhall. So hatte der in dieser Frage besonders engagierte Seniorenrat der Stadt Langenzenn (Kreis Fürth), der auch eine landesweite Petition auf den Weg gebracht hatte, zuletzt noch einmal bekräftigt, die Staatsregierung verspiele Vertrauen bei den älteren Bürgerinnen und Bürgern. Doch der Sozialausschuss hat die Petition abgelehnt - mit der knap-

pen Mehrheit von acht zu sieben Stimmen. Die entscheidende achte Stimme gab dabei der mittelfränkische FW-Abgeordnete Peter Bauer ab. „Aufgrund seiner besonderen Funktion als Beauftragte der Regierung für Patienten und Pflege hätten wir erwartet, dass er eigentlich für die Belange der älteren Generation eintritt“, sagt Hans Klinner, Vorsitzender des Langenzenner Seniorenrates.

„Dass die fachliche Bewertung des Gesetzentwurfes durch die direkt Betroffenen nicht ernst genommen wird, macht uns sehr betroffen“, so Klinner, der dabei von den Räten in Emskirchen, Neustadt/Aisch, Bad Windsheim, Uffenheim, Fürth, Nürnberg, Herzogenaurach und Gunzenhausen unterstützt wird.

Auch die Arbeitsgemeinschaft 60plus der Nürnberger SPD monierte in einer Resolution nochmals, das Gesetz der Staatsregierung verdiene „seinen Namen nicht; wir brauchen eine verpflichtende Einführung von Seniorinnen- und Seniorenräten in Gemeinden mit über tausend Einwohnern - die SPD-Landtagsfraktion hatte dazu bereits 2017 einen Gesetzentwurf vorgelegt“, so die 60plus-Vorsitzende Gabriele Penzkofer-Röhl.

Ihre Stellvertreterin Erika Faul sagt: „Ganz im Gegensatz zu den guten Beteiligungsmöglichkeiten des Stadt seniorenrates hier in Nürnberg erfüllt der Gesetzentwurf die Beteiligungsrechte der Älteren in keinsten Weise, da er nur Kann-Bestimmungen enthält.“ Der Landtagsabgeordnete Arif Tasdelen hob hervor, die lediglich freiwillige Beteiligung auf kommunaler Ebene werde den Lebensleistungen der Senioren nicht gerecht.